



Therapie von übergewichtigen Kindern nur begrenzt wirksam

Therapie von übergewichtigen Kindern nur begrenzt wirksam
Langzeitstudie der BZgA zeigt Defizite bei Therapiemaßnahmen für übergewichtige Kinder / Stärkung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung erforderlich Köln, 4. Oktober 2012. Maßnahmen zur Gewichtsreduktion übergewichtiger Kinder und Jugendlicher zeigen bislang nur begrenzt Wirkung. Dies zeigt eine Langzeitstudie im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), deren Ergebnisse heute veröffentlicht wurden. So geht aus der Untersuchung hervor, dass kurzfristige Erfolge in der Gewichtsreduktion zwar möglich, eine nachhaltige Gewichtsstabilisierung sowie Verbesserungen des Gesundheitsverhaltens jedoch nur schwer umzusetzen sind. Für die Studie wurden Daten von 1916 übergewichtigen Kindern und Jugendlichen zwischen acht und 16 Jahren erfasst, die entweder ambulant (ca. ein Jahr lang) oder stationär (ca. sechs Wochen lang) behandelt wurden. Insgesamt beteiligten sich 48 Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet an der Untersuchung. Den Daten zufolge konnten während der Maßnahmen rund 56 Prozent der Kinder und Jugendlichen ihr Übergewicht reduzieren. Ein bzw. zwei Jahre nach dem Ende der Programme zeigte sich eine Gewichtsabnahme jedoch nur noch bei etwa 14 Prozent der Heranwachsenden. Auch weitere Ziele wie mehr Bewegung im Alltag, gesündere Ernährung, weniger Zeit vor dem Fernsehen oder PC sowie bessere Lebensqualität wurden langfristig nur bei 10 bis 18 Prozent der Kinder und Jugendlichen erreicht. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Untersuchung deutlich, dass die Versorgungssituation im Bereich der Übergewichtsreduktion sehr instabil ist. Sowohl kleine Beratungspraxen als auch große Kliniken und Kureinrichtungen weisen eine hohe Personal-Fluktuation auf. Einzelne wurden im Erhebungszeitraum geschlossen. "Die Defizite in der Versorgung übergewichtiger Kinder und Jugendlicher in Deutschland zeigen, dass es bislang nicht gelungen ist, für diese jungen Patienten effektive und konstante Programme und Beratungsangebote zu schaffen", sagt BZgA-Direktorin Prof. Dr. Elisabeth Pott. "Umso wichtiger ist es, Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention zu stärken, so dass Übergewicht im Kindesalter gar nicht erst entsteht. Dies muss insbesondere auf kommunaler Ebene geschehen, um zum Beispiel Eltern direkt vor Ort für eine gesunde Ernährung und gesundes Bewegungsverhalten ihrer Kinder zu sensibilisieren." Die wichtigsten Schlussfolgerungen der Studie auf einen Blick:
1. Für alle Angebote besteht Optimierungsbedarf. Vor allem ist es notwendig, eine Verzahnung zwischen stationären und ambulanten Angeboten herzustellen, um Nachhaltigkeit zu erreichen. Die von der BZgA gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit erarbeiteten und veröffentlichten Qualitätskriterien müssen angewendet werden.
2. Die Studie zeigt darüber hinaus, wie wichtig eine systematische Erfassung und Dokumentation der Angebote ist, um zukünftig Erfolgsfaktoren für effektive Programme besser identifizieren zu können.
3. Neben Maßnahmen zur Übergewichtsreduktion sind solche zur Gesundheitsförderung erforderlich, die Kompetenzen im Umgang mit Ernährung, Bewegung und Stress vermitteln. Diese Maßnahmen sollten auf kommunaler Ebene angeboten und dort dauerhaft verankert werden.
Die Ergebnisse der Langzeitstudie und deren Schlussfolgerungen stellt die BZgA heute (4. Oktober 2012) auf einem Symposium im Rahmen des Kongresses der Deutschen Adipositas-Gesellschaft in Stuttgart vor. Die Studie "Behandlung der Adipositas im Kindes- und Jugendalter" steht zum Download zur Verfügung unter: http://www.bzga-kinderuebergewicht.de/adipo_mtp/qualitaetssicherung/beobachtungsstudie.htm Fachheft zu Qualitätskriterien für Programme zur Prävention und Therapie von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen unter: <http://www.bzga.de/?uid=73434e0c51d5f8fefeb3425f349fb517> Kontakt: Dr. Marita Völker-Albert

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
51101 Köln
Tel. 0221-8992280
Fax: 0221-8992201
E-Mail: marita.voelker-albert@bzga.de
<http://www.bzga.de>
RSS-Feed: <http://www.bzga.de/rss-presse.php>
Twitter: http://www.twitter.com/bzga_de
Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinnr_=509749 width="1" height="1"

Pressekontakt

Dr. Marita Völker-Albert

51109 Köln

marita.voelker-albert@bzga.de

Firmenkontakt

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

51109 Köln

marita.voelker-albert@bzga.de

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist seit 1967 zum gesundheitlichen Wohle der Bürgerinnen und Bürger tätig. In dieser Zeit haben sich die Themen der gesundheitlichen Aufklärung erweitert, ihre Methoden geändert, und neue Aufgaben sind hinzugekommen. Gleichzeitig sind auch die Anforderungen an eine erfolgreiche Gesundheitsförderung gestiegen. Diesen Veränderungen haben wir Rechnung getragen und auf der Grundlage unseres Gründungsauftrags aus dem Jahre 1967 eine Neubestimmung vorgenommen. In diesem Sinne räumen wir in Zukunft der Erarbeitung von wissenschaftlichen Grundlagen und von Qualitätssicherungsverfahren noch mehr Raum ein. Durch nationale und internationale Kooperation fördern wir verstärkt ein arbeitsteiliges Vorgehen, denn erst durch die konsequente Nutzung der Stärken vieler Partner können Synergieeffekte entstehen. Mittelfristig streben wir den Aufbau als Clearingstelle an, damit Aktivitäten und Ressourcen auf zentrale Gesundheitsprobleme konzentriert und die Effektivität und Effizienz der gesundheitlichen Aufklärung gestärkt werden. Unsere Aufklärungsmaßnahmen konzentrieren wir auf ausgewählte Teile der Bevölkerung. In der nächsten Zeit ist dies vor allem die Zielgruppe "Kinder und Jugendliche". Unsere Kompetenz sehen wir in der Entwicklung, Umsetzung und wissenschaftlichen Überprüfung von Aufklärungsstrategien zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dazu bedarf es auch der Beteiligung zentraler Kooperationspartner. Gleichzeitig wollen wir mehr als bisher Bürgerinnen und Bürger über aktuelle gesundheitliche Themen von bundesweiter Bedeutung informieren. Unverändert wichtig bleibt die langfristige Umsetzung der gesetzlichen und bundespolitischen Aufträge in der Sucht- und Aids-Prävention wie auch in der Sexualaufklärung und Familienplanung.